



Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.



Dr. Katharina Wrohlich, Stellvertretende Leiterin der Abteilung Staat am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Elterngeld Plus: Der Kurs stimmt!

Zeitliche Flexibilität steht auf der Wunschliste von Müttern und Vätern ganz weit oben. So belegt zum Beispiel die Umfrage „Ravensburger Elternsurvey“ aus dem Jahr 2009, dass sich Eltern von jungen Kindern von der Familienpolitik insbesondere Maßnahmen wünschen, die ihnen mehr zeitliche Flexibilität bei der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit geben. Daneben stehen Vorstellungen über das Familienleben: Danach gefragt, stimmen insgesamt um die 66 Prozent der Mütter mit Kindern zwischen einem und sechs Jahren der Aussage zu, dass es am besten ist, wenn Mann und Frau beide gleich viel erwerbstätig sind und sich in gleichem Maß um Haushalt und Familie kümmern. Bei Vätern mit Kindern in der entsprechenden Altersgruppe sind es etwa 65 Prozent. Dies zeigen Auswertungen der Befragung von Paaren für die Studie „Familien in Deutschland“ in den Jahren 2010 bis 2013.

Mit den geplanten Veränderungen beim Elterngeld und bei der Elternzeit setzt die Bundesfamilienministerin hier an. Zum einen soll die Benachteiligung von Eltern aufgehoben werden, die bereits während der Phase des Elterngeldbezugs in eine Teilzeittätigkeit zurückkehren. Bislang war es so, dass Eltern, die sich mit der Betreuung des Kindes während der ersten 14 Monate abgewechselt haben, mehr Elterngeld erhalten haben als Eltern, die während mehrerer Monate beide gleichzeitig in Teilzeit erwerbstätig waren. Mit dem Elterngeld Plus können nun Elternteile, die Teilzeit arbeiten, ihre Elterngeldmonate verdoppeln. Dadurch wird die bisherige einseitige Lenkungswirkung des Elterngeldes zugunsten des *Blockmodells* vermieden.

Darüber hinaus soll ein Partnerschaftsbonus eingeführt werden: Eltern, die sich die Betreuung gleichmäßig aufteilen, sollen insgesamt über einen längeren Zeitraum Elterngeld beziehen können als Familien, in denen sich vorwiegend ein Elternteil um die Betreuung kümmert. Eltern, die zum Beispiel im zweiten Lebensjahr des Kindes mehrere

Monate beide mindestens 25 Stunden pro Woche arbeiten, können dann insgesamt vier Monate länger Elterngeld beziehen. Dabei darf die maximale Arbeitszeit in der Elternzeit von 30 Stunden pro Woche nicht überschritten werden. Somit werden Anreize für eine symmetrische Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit und für eine mehr Stunden umfassende Teilzeitarbeit der Eltern geschaffen. Auch dies ist aus familien- und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten sinnvoll, denn ein früherer und umfassenderer Erwerbseinstieg von Müttern kann langfristige Lohn- und damit verbunden auch Renteneinbußen verhindern. Auch aus bildungsökonomischer Perspektive kann es positiv sein, so legen einige Studien nahe, wenn Väter mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen.

Wichtig ist auch, dass der Elternzeitanteil, der bis zum achten Geburtstag eines Kindes genommen werden kann, von bisher 12 auf 24 Monate erhöht werden soll. Dies schafft mehr Flexibilität für Familien und ermöglicht es ihnen, auch in den Phasen Elternzeit zu nehmen, in denen zum Beispiel aufgrund einer fehlenden Nachmittagsbetreuung für Grundschulkinder eine volle Erwerbsarbeit ausgeschlossen ist. Längerfristig könnte hier noch weiter in Richtung eines Familienzeitbudgets gedacht werden, das über den gesamten Lebensverlauf aufgebraucht werden kann, sei es für ältere Kinder oder für pflegebedürftige Familienangehörige.

In jedem Fall setzen die Reformvorschläge konsequent eine Politik fort, die mit dem Elterngeld begonnen hat und mit dem *Kita-Rechtsanspruch* ab dem zweiten Lebensjahr fortgeführt wurde: Sie verringern die Anreize für Mütter, länger aus dem Erwerbsleben auszusteigen, und erhöhen deren Chancen auf ein mittel- und langfristig stabiles Erwerbseinkommen und damit auch ein höheres Alterseinkommen. Eine solche Politik ist somit nicht nur für die Familienpolitik von heute sinnvoll, sondern auch für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik von morgen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Claus Michelsen

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.